



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/278 - 11. Dezember 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Immer noch auf der Suche</u> Um eine gemeinsame Verhandlungsposition des Westens	43
2	<u>Dunkle Wolken über Paris</u> Am Beginn der grossen Konferenzwoche Von Günter Markscheffel zur Zeit Paris	49
3	<u>Totale Verwirrung</u> Groteskes Spiel um Weihnachtsgeld Von Wolfgang Jansen	46
4 - 5	<u>Im Lande Mehrus</u> Rückgang des Analphabetismus - Wachsende Zeitungsauflagen	68
6 - 7	<u>Horst Wessel, Heinrich von Brentano und die Griechen</u> "Deutsche Information" in Athen	71

* * *
* *

Immer noch auf der Suche

sp - Noch immer haben die Westmächte keine erkennbaren Vorstellungen über ein gemeinsames Vorgehen bei den bevorstehenden Verhandlungen mit der Sowjetunion. Bonn wollte versuchen, eine einheitliche Verhandlungsbasis zu erreichen. Zwischen den Auffassungen de Gaulles und dem amerikanischen Präsidenten Kennedy bestehen recht weitgehende Meinungsverschiedenheiten, die zu überwinden der Bundeskanzler sich bei seinem eintägigen Parisbesuch vorgenommen hatte, ihm jedoch der Erfolg offensichtlich versagt blieb. Das ist zu bedauern. Ob es den jetzt beginnenden OEEC- und NATO-Beratungen gelingen wird, eine Übereinstimmung zu erzielen, bleibt abzuwarten. Die ersten Äusserungen von Lord Home klangen nicht sehr hoffnungsvoll. Trotzdem bleibt es die Hauptaufgabe dieser Konferenzserie, endlich den gemeinsamen Nenner zu finden, würde doch die Sowjetunion ein Abseitsstehen Frankreichs als einen Erfolg für sich buchen und in ihrer Meinung bestärkt werden, sie könne den Westen aufbrechen. Jede Unsicherheit des Westens, jeder Mangel an innerer Geschlossenheit kommt in der Zwischenzeit Ulbricht zugute; er setzt Tatsachen, die eigentlich Gegenstand von Verhandlungen sein sollten.

Die Sozialdemokratie respektierte bei der grossen Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung den Wunsch der Regierung, ihre Karten nicht auf den Tisch des Hauses legen zu müssen. Das vierte Kabinett Adenauer befindet sich ausserpolitisch in der schwierigsten Lage seit Bestehen der Bundesrepublik. Es hat mit zu vielen unbekannteren Faktoren zu rechnen und die Basis, auf der sich die Bundesregierung ausserpolitisch bewegen kann, ist recht schmal geworden. Die parlamentarische Opposition übt und übt, um die Regierung nicht in zusätzliche Schwierigkeiten zu bringen, weise Zurückhaltung, konnte und kann aber ihre grosse Sorge über die in schnellen Fluss geratene Entwicklung nicht verbergen. Woher nahm eigentlich der FDP-Vorsitzende Mende den Mut, als er die kommenden, nur auf Berlin bezogenen Gespräche als Vorstufe für eine ganze Verhandlungsserie bezeichnete? Mende tat so, als ob alles zum Besten bestellt wäre. Davon kann keine Rede sein. Diese Art von Selbsttäuschung sollte sich niemand leisten, der ernstgenommen werden will.

Von der Unterhaltung mit dem Bundeskanzler zeigte sich der sowjetische Botschafter Smirnow hoch befriedigt. Dem Bundesbürger beschleicht ob solch froher Botschaft ein ungutes Gefühl. War es nicht in den Tagen nach dem 13. August, in denen der gleiche Botschafter nach einem Gespräch mit dem gleichen Gesprächspartner Ähnliches vernahm, liess, eine Unterredung übrigens, die ebenso im Dunkel blieb wie die letzte Begegnung? Inzwischen wächst die Mauer, fallen unschuldige Menschen den Moräpistolen der Vopo zum Opfer, vermehren sich die Schikanen gegen eine wehrlose Bevölkerung von 17 Millionen.

Noch ist kein Weg sichtbar, der aus der Bedrohung Berlins herausführt. Es wäre Selbstbetrug, dies nicht zu erkennen.

Dunkle Wolken über Paris

Von Günter Markscheffel, zur Zeit Paris

Gerade wie eine Kerze stand Punkt 10.35 Uhr Staatspräsident de Gaulle am Samstag vor dem Empfangsteppich, über den 10.38 Uhr Dr. Adenauer im Flughafen Orly schreiten sollte. Der General hatte wieder einmal das Protokoll über den Haufen geworfen; besagtes Protokoll "verbietet" nämlich dem Staatspräsidenten, einen Regierungschef persönlich zu empfangen. Adenauer und seine Begleitung strahlten. Welch' eine Ehre! Sie deuteten de Gaulles Geste als gutes Omen. Die Franzosen meinten das Gegenteil. Je höflicher der Empfang, desto magerer das Kommuniqué. Sie behielten recht. Als Adenauer um 19.10 Uhr sein Flugzeug bestieg, war de Gaulle nicht dabei. Ministerpräsident Debré machte ein gequältes Gesicht und Adenauer betrachtete die Maschine, als hätte er noch nie so einen Vogel gesehen.

Dabei hatte man dem Bundeskanzler in letzter Minute noch das Zwischenspiel kommunistischer Demonstrationen erspart, die ihm auf dem Wege zum Flugplatz zgedacht waren. Etwa 3000 Demonstranten holten sich an der Porte d'Orleans feuchte Füße, schriean aber trotzdem nicht weniger laut: "Adenauer, go home".

Natürlich war Adenauer wieder einmal "voll befriedigt" von seinem Gespräch mit de Gaulle. Aber umgebogen hat er den General nicht. Er blieb dabei: Keine Verhandlungen mit Moskau ohne vorherige gewissenhafte Sondierungen. De Gaulle meinte, sofortige Verhandlungen mit Moskau könnten die Position des Westens nur verschlechtern. Das ist die offizielle Version. Inoffiziell heisst es in Paris, der General werde so lange "hart" bleiben, bis die Amerikaner und Engländer ihn in den "Atomclub" aufgenommen haben. Und inoffiziell heisst es weiter, Adenauer habe für diese Forderung seines Freundes de Gaulle "vollstes Verständnis".

Die heutige Aussenministerkonferenz der Westmächte in Paris beginnt also mit einer kaum verhaltenen Mißstimmung, wobei Bonn wahrscheinlich in der delikatesten Situation sein dürfte. Bonn hat zu wählen zwischen einem de Gaulle, der sich baldigen Berlin-Verhandlungen widersetzt und einem Kennedy, der wahrscheinlich von Adenauer die Zusage hat, sofortige Berlin-Verhandlungen zu billigen. Einig ist man sich natürlich in der gemeinsamen Feststellung, die alliierten Rechte in Westberlin nicht antasten zu lassen.

Das ist wenig. Es ist gewissermassen eine Politik des permanenten Defizits, das umso grösser erscheint, als auch noch andere gewichtige Fragen zwischen den Westalliierten offen bleiben und erst in dieser Woche bereinigt werden sollen.

Chruschtschow hat mit seiner Wochenendrede vor dem Kongress des Weltgewerkschaftsbundes die Puppen zum Tanzen gebracht. Seine Forderung, verbunden mit massiven Drohungen, man solle endlich die Reste des zweiten Weltkrieges liquidieren und eine isolierte Berlinverhandlung interessiere ihn nicht, lässt vermuten, dass der Westen trotz aller Meinungsverschiedenheiten wieder zusammenrücken wird. Mindestens militärisch. Bleibt die Frage, was p o l i t i s c h geschehen kann, und wie der Westen sich zu verhalten gedenkt, um der Teufelskreis der militärischen Drohungen aus dem Osten zu durchbrechen.

Das wird man erst an diesem Wochenende übersehen können. Zur Zeit ist die Verwirrung noch so gross, dass die Sprecher aller westlichen Delegationen nur zu sagen wagen, sie hofften, dass alles gut gehen werde.

Totale Verwirrung

Von Wolfgang Jansen

Das Auf und Ab um eine Zahlung an Beamte und Pensionäre zu Zeiten des Weihnachtsfestes beginnt sich zu einer Groteske auszuwachsen, in der sehr wohl das Bibelzitat Platz hat, nach dem die Rechte nicht weiß, was die Linke tut. Es gibt wohl kaum einen schlagenderen Beweis für die innere Uneinigkeit sowohl der CDU/CSU als auch der neugebackenen Koalition als die widerstrebenden Meinungsäußerungen und Willenskundgebungen in dieser Frage.

Während sich die Bonner Fraktion der Christlichen Demokraten noch taub stellte, beschlossen bereits die nordrhein-westfälischen Parteifreunde und anschließend sämtliche Länderregierungen, ein Weihnachtsgeld zu gewähren. Daraufhin gab es in Bonn lautstarke Ankündigungen, der Bund werde folgen. Plötzlich aber tauchte die neue Version auf, man werde kein Weihnachtsgeld zahlen, sondern einen Vorschuß auf eine geplante Besoldungsreform. Dabei blieb zunächst im Nebel, was mit dem Wort "Vorschuß" gemeint war: Mit Fleiß erweckte man den Eindruck, als solle das Weihnachtsgeld in die Besoldungsnovelle eingebaut und diese so gefaßt werden, daß schon Ende 1961 die entsprechende Bestimmung in Kraft war.

Dabei hätte man allerdings unterstellen müssen, daß man sich regierungsseitig im Wort vergriffen hätte und mit "Vorschuß" eigentlich "Vorgriff" gemeint gewesen wäre. Denn ein Vorschuß ist ein feststehender besoldungsrechtlicher Begriff, der die spätere Rückzahlung zum Inhalt hat. Es ist das Verdienst der SPD-Bundestagsfraktion, bei einer Debatte im Bundestag den Nebel ein wenig vertrieben zu haben. Dabei wurde klar, daß zumindest ein beachtlicher Teil innerhalb des Regierungslagers tatsächlich an einen echten, also zurückzahlenden Vorschuß dachte.

Gleichzeitig aber weigerten sich die Regierungsparteien im Bundestag, eine klare Entscheidung für oder gegen das Weihnachtsgeld für Beamte und Pensionäre zu fällen. Ihr Nein ließ alles in der Schwebe.

Inzwischen ist die Verwirrung vollkommen. Bahn und Post haben entschieden, besagten "Vorschuß" zu zahlen. Für die restlichen Bundesteamten aber bedarf es der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, der am Donnerstag vergangener Woche herbeigeführt werden sollte. Die Sitzung mußte abgeblasen werden, weil die CDU/CSU-Mitglieder dieses Ausschusses unter sich keine Einigung erzielen konnten. Der Ausschuß wurde für Dienstag, den 12. Dezember erneut einberufen.

Zwei Wochen vor Weihnachten besteht daher folgende Situation: Landesbeamte erhalten Weihnachtsgeld, Postbeamte und Bahnbeamte erhalten einen "Vorschuß" und für die übrigen Beamten ist nichts entschieden. Während die einen schon aus dem immer schmaler werdenden Weihnachtsortiment ihre Wünsche stillen können, wissen die anderen nicht, ob und wie sie etwas bekommen. Ein Wirrwarr, der deutlich zeigt, wie wenig CDU/CSU heute in der Lage sind, selbst verhältnismäßig einfache Situationen zufriedenstellend und allgemeingültig zu meistern.

Im Lande Mehru

I.D. - In keinem Land ist der Fortschritt so schwer zu bestimmen wie in Indien. Zwar läßt sich feststellen, um wieviel sich die landwirtschaftliche oder die industrielle Produktion vergrößert hat. Ob der einzelne Bewohner Indiens jedoch davon etwas zu spüren bekommt, ist als Folge des stetig wachsenden, jetzt über 430 Millionen Menschen zählenden Volkes nur schwer erkennbar.

Einige wenige Tatsachen geben jedoch einen Schlüssel dazu. So sagen u.a. die steigenden Auflageziffern der indischen Zeitungen darüber aus, daß die Kenntnis des Lesens nicht mehr allein ein Privileg der Reichen ist. Als man 1956 unternahm, die in ganz Indien erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften zu zählen, kam man auf die Zahl von 4569. Dabei handelte es sich um Zeitungen und Zeitschriften, die in den 14 offiziellen Sprachen für damals 360 Millionen Menschen, von denen höchstens 30% lesen konnten, publiziert wurden. 1957 wurden 5933 Zeitungen und Zeitschriften gemeldet. Die 1956 von allen Zeitungen erreichte Auflage von 10,3 Millionen wurde 1957 trotz der erhöhten Zahl von Zeitungen nur unwesentlich überschritten. Sie wurde mit 11,3 Millionen angegeben, woraus ersichtlich ist, daß die in einem Jahr hinzugekommenen 1400 Zeitungen und Zeitschriften verhältnismäßig wenig zur Steigerung der Gesamtauflage beitrugen. Dies beweist, daß es sich bei den Neuerscheinungen im Wahljahr 1957 hauptsächlich um Versuche politischer Gruppen gehandelt hat, durch Publikationen ihrer Politik und ihrem Programm Verbreitung zu geben.

Die Zeitungen in englischer Sprache konnten schon damals den Anspruch erheben, mit 20% aller Zeitungen und Zeitschriften die weitaus größte Verbreitung in Indien zu haben. Ihnen folgten die hindisprachigen Zeitungen mit 19% und mit weitem Abstand die Zeitungen, die in einer Provinzsprache gedruckt sind. Die Tageszeitungen, die 27,9% aller Zeitungen ausmachten, bestritten davon eine Auflage von 3,15 Millionen. Auch von ihnen hatten die englischsprachigen Blätter, die in ganz Indien zu haben sind, mit 22,3% die größte Auflage. Hindi lag mit 18% aller Tageszeitungen etwas weiter zurück als in der Gesamtauflage.

Nun ist eine stetige Steigerung der Zahl der Zeitungen zu verzeichnen. 1958 sind es schon 6918, 1960 7651. Die Steigerung in zwei Jahren

beläuft sich auf fast 29%.

Unter den neuen Ausgaben werden 430 Tageszeitungen gezählt. Die für nur 4738 Zeitungen festgestellte Gesamtauflage erreicht 17,2 Millionen gegenüber 15,42 Millionen im Jahr 1958 bei 4550 Zeitungen. Weiterhin führen die englischsprachigen Organe mit 20,3%, Hindi folgt mit 18,8%. Auch in der Auflage bleibt die englischsprachige Presse mit 23,2% an der Spitze. Hindi aber steigt auf 20,6%. Die Gesamtauflage der Tages- und Sonntagspresse ist im Jahr 1959 auf 4,69 Millionen angestiegen. Gegenüber 1957 hat sich also die Auflage der Tageszeitungen im Laufe von drei Jahren um 1,54 Millionen verstärkt, die Gesamtauflage aller in Indien erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften aber um 6 Millionen.

Dies mag im Verhältnis zur Vermehrung des indischen Volkes um 15 Millionen gering erscheinen. Tatsächlich aber zeigt diese Analyse, daß die Zahl derer, die inzwischen lesen und schreiben gelernt haben, erheblich zugenommen hat. Es muß daraus geschlossen werden, daß die indische Regierung in der Lage war, auch für die zusätzliche Bevölkerung Schulungs- und Bildungsstätten zu schaffen. Bei der erhöhten Auflage muß berücksichtigt werden, daß eine Zeitung in Indien durch die vielfach aus 30 oder 40 Personen bestehende Großfamilie eine viel größere Leserschaft hat als in Europa. Daß Bildung besonders in den unteren Volksschichten Eingang gefunden hat, wird daraus ersichtlich, daß der stärkste Zuwachs an Lesern bei Zeitungen zu finden ist, die in einer Lokalsprache gedruckt sind. Den Statistiken zufolge liegt hier die assamesische Presse an erster Stelle. Die in dieser Sprache gedruckte Presse verzeichnet einen Zuwachs in der Auflage von 26,8%. Ihr folgt die hindisprachige Presse mit 11,8% und dann erst kommt die englische mit 9%.

Selbst wenn man an Hand dieser Analysen behaupten möchte, der Fortschritt in Indien sei überaus langsam, so sollte man sich darüber im klaren sein, daß die erste Aufgabe für Indien bei der Bekämpfung des Analphabetismus die Schaffung eines Stabes von ausgebildeten Lehrkräften war. Die Tatsache, daß man in der Lage war, die Zahl derer, die lesen und schreiben können, so erheblich zu steigern, wie es die jüngsten Auflageziffern der Presse in Indien ausdrücken, ist ein Beweis dafür, daß dieses Problem gemeistert wurde. Damit ist die Grundlage gelegt für die Bildung weiterer und größerer Kreise der indischen Bevölkerung.

Horst Messel, Heinrich von Brentano und die Griechen

sp - Immer aufs Neue muß man sich im Ausland über die informativ-
schen Praktiken und Taktiken am Ort erscheinender deutschsprachiger Or-
gane wundern. So kann man in Athen nur mit Verwunderung die deutschspra-
chige Nachrichtengattung studieren, die in der Hand einer kleinen absolut
Bonn-getreuen Truppe liegt. Der "Athener Kurier", der im zweiten Jahre
erscheint, gehört einer italienischen Dame namens A. Brand. Angesehen
von dem mäßigen Niveau des Blättleins, das entschieden von dem niveaui-
vollen Charakter der englischsprachigen Zeitung Athens, den "Athens
News" absticht, ist die Zeitung "Athener Kurier" trotz ihres Titel-
kopfes im Stile der "Frankfurter Allgemeinen" im Inhalt äußerst primi-
tiv.

Natürlich hält der "Athener Kurier" es mit der Karamanlis-Regierung,
die problematisch ist, und regiert alle anderen demokratischen Kräfte
Griechenlands. Eine Kritik an der Regierung eines Gastlandes steht dem
Fremden, der stets nur kürzere Zeit dort ist, nicht an. Dennoch müssen
einen modernen Deutschen "Hofberichte" in unserer Sprache im "Athener
Kurier" (vom 28.11.1961) mehr als lachen machen:

"J.H. der König wahrte am Vormittag im Militärkasino der Aus-
sagung der Diplome an die Absolventen der Schule für nationa-
le Verteidigung bei. Seine Majestät geruhte höchst eigenhändig
die Diplome zur Verteilung zu bringen".

Das ist nicht etwa eine Glosse, sondern der Nachrichtenstil des
"Athener Kurier", der mit ausdrücklicher Förderung der deutschen Bot-
schaft erscheint.

Als Zeugnis für den Sprachgeist der Leute dieser Zeitung mag die
folgende Stelle dienen:

"Als letzter tritt ein Feldwebel der Fallschirmjäger vor die
Königin. Er hat bei einem Ballonabsturz sein Leben aufs Spiel
gesetzt. Die Königin heftet ihm dafür die Geirgs-Medaille an
die Brust. Der Feldwebel bedankt sich zackig, tritt drei Schrit-
te zurück, macht eine exakte zackige Kehrtwendung und marschiert
stolz aus der Saal".

Natürlich erfährt der Deutsche und der Fremde in Griechenland aus dieser einzigen deutschen Zeitung in Griechenland, die 2,50 Drachmen kostet und 6 Druckseiten täglich umfaßt, alles Gute über Adenauer und sein Kabinett, Lobeshymnen über Karamanlis und seine Mannschaft, aber so gut wie nichts über die deutsche Opposition. Unschwer lassen sich dutzende Beispiele für eine einseitige Informationspolitik für die Deutschen in Griechenland erbringen. Hinzu kommt noch, daß die Zeitungen der deutschen Oppositionspresse in Athen rar sind. Der griechische Leser kann sich über die deutschen Verhältnisse fast ebenso schlecht informieren, wie der deutsche Leser in Deutschland über Griechenland, der über die Regierung Karamanlis stets nur regierungstreue Berichte aus Athen erhält, während die griechische - n i c h t kommunistische - liberale Oppositionspresse verblüffende Beispiele von Anarchie in Griechenland zu berichten weiß.

Eine Geschmacklosigkeit aber war es, als der "Athener Kurier" vor wenigen Tagen in einem großen Leitartikel über Heinrich von Brentano schrieb:

"Ein Beispiel für die Souveränität (Brentanos) war es, daß der Mann... Bert Brecht einen kommunistischen Horst Wessel nannte. Ob der Vergleich literarisch stizmt, wird sich nie klären lassen, da ja nicht einmal feststeht, ob das "Horst-Wessel-Lied" wirklich von Horst Wessel ist. Der Mut aber, mit dem Brentano den einmütigen Aufschrei aller Schmöcke in West und Ost herausforderte und hinnahm, ist ebenso bemerkenswert wie die Zurückhaltung, mit der er den Vergleich nicht weiter führte. Immerhin ist Wessel für das, was er für eine Idee hielt, gestorben, während Brecht es nicht über sich brachte, nach dem 17. Juni 1953 wenigstens zu schweigen."

Bei aller berechtigten Polemik gegen Brecht ist diese verspätete schiefe Euldgung des SA-Schlägers Wessel im "Athener Kurier" nicht nur eine Provokation, sondern auch eine Katastrophe gegenüber dem Ansehen Deutschlands, gegen die sich Ferr von Brentano nicht einmal wehren kann.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel